



Tarsdorf, am 24.03.2015

Auszug

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 10. März 2015

Sitz.-Nr.: 36/2014

Tagungsort: Gemeinde Tarsdorf, Sitzungszimmer

Anwesende:

1.) Bgm. Dipl.-Ing. Andrea Holzner	ÖVP	15.) GR Erich Esterbauer	FPÖ
2.) Vzbgm. Rudolf Sigl	ÖVP	16.) GR Andreas Schuster	FPÖ
3.) GV Siegfried Riess	ÖVP	17.) GV Norbert Schmidhammer	SPÖ
4.) GV Engelbert Neubauer	ÖVP	18.) GR Richard Sommerauer	SPÖ
5.) GV Wolfgang Welkhammer	ÖVP	19.) GR Rüdiger Eder	SPÖ
6.) GR Ing. Franz Hager	ÖVP	20.) GR Josef Weilbuchner	SPÖ
7.) GR Maria Steiner	ÖVP	21.) GR Florian Neubauer	SPÖ
8.) GR Norbert Schuster	ÖVP	22.) GR Franz Schnaitl	TABL
9.) GR Gerlinde Ebner	ÖVP	23.) EM Andrea Sommerauer	ÖVP
10.) GR Johann Schuster	ÖVP	24.) EM Clemens Häuslschmid	FPÖ
11.) GR Günther Baum	ÖVP	25.) EM Richard Helmberger	TABL
12.) GR Heinz Wallnigg	ÖVP		
13.) GV Wolfgang Pohler	FPÖ		
14.) GR Alois Sommerauer	FPÖ		

entschuldigt ferngeblieben:

GR Robert Leitner	ÖVP	EM Josef Schinagl	FPÖ
GR Norbert Lenzbauer	FPÖ	EM Dipl.-Ing. Franz Dechant	TABL
GR Anna Elisabeth Eder	TABL		

unentschuldigt ferngeblieben:

-

Ersatzmitglieder:

EM Andrea Sommerauer für GR Robert Leitner
EM Clemens Häuslschmid für GR Norbert Lenzbauer
EM Richard Helmberger für GR Anna Elisabeth Eder

Sonstige Anwesende:

Amtsleiter Josef Esterbauer als fachkundige Person sowie als von der Vorsitzenden bestellter Schriftführer.

Beginn: 19:30 Uhr

Bgm. Andrea Holzner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- die Sitzung von ihr einberufen wurde.
- die Sitzung im Sitzungsplan bis September 2015 enthalten ist, der allen Mitgliedern des Gemeinderates ab 12.01.2015 nachweislich zugestellt wurde. Die Sitzungseinladung mit der Tagesordnung wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zeitgerecht am 23.02.2015 übermittelt.
- die Beschlussfähigkeit gegeben ist und dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates vom 16. Dezember 2014 (Nr. 35/2014) bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung noch zur Einsichtnahme aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis Sitzungsschluss Einwendungen vorgebracht werden können.

Den Vorsitz führt Bgm. Andrea Holzner.

Tagesordnung und Beschlüsse:

Punkt 12: Antrag aller Gemeinderatsfraktionen gem. § 46 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung betreffend einer Resolution: Die Gemeinde Tarsdorf erklärt sich zur „TTIP/CETA/TISA-freien Gemeinde“;

Bgm. Andrea Holzner verweist auf den vorliegenden Antrag, welcher im Vorfeld von allen Gemeinderatsfraktionen bereits unterfertigt wurde.

Anfragen und Debatte:

EM Richard Helmberger verweist auf „Zivilcourage Innviertel“, welche als Initiativgruppe in dieser Angelegenheit auftritt. Auch in Hochburg-Ach wird über Initiative von Frau Bernecker eine entsprechende Resolution gefasst. Es geht vor allem darum, dass bei diesem Handelsabkommen mit den USA Gefahren lauern. Es werden vor allem wichtige Lebensgrundlagen bei den öffentlichen Dienstleistungen dem freien Markt überlassen. Hinsichtlich dieser Handelsabkommen besteht keine Transparenz.

EM Richard Helmberger verweist in diesem Zusammenhang auch auf eine Veranstaltung in Burgkirchen am 15. April 2015, wo ein Vertreter von ATTAC sprechen wird.

Nach weiterer Beratung stellt Bgm. Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

die Gemeinde Tarsdorf erklärt sich zur TTIP/CETA/TISA-freien Gemeinde. Nachstehende Resolution soll beschlossen werden:

Mit der Erklärung zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde werden folgende Forderungen an die Bundesregierung, an die Abgeordneten des Nationalrates und an das europäische Parlament verbunden:

- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, welche die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen untergraben oder ihre Rechte auf Regulierung einschränken
- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, die Instrumente des Investitionsschutzes enthalten
- Aussetzen der TTIP & TiSA-Verhandlungen, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt
- Ablehnen des CETA-Abkommens durch die österreichische Regierung bzw. die Abgeordneten des Nationalrates bzw. die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament
- die Offenlegung der Verhandlungsunterlagen aller derzeit verhandelten Abkommen, insbesondere von TTIP, CETA und TiSA für Bürgerinnen und Parlamentarierinnen

- die begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Begründung:

Im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie der CETA- und TiSA-Abkommen verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer weitere Deregulierungsmaßnahmen und -schritte, die alle Lebensbereiche betreffen. Teilbereiche davon sind der Dienstleistungssektor und die öffentliche Auftragsvergabe. Laut dem durchgesickerten Verhandlungsmandat für TTIP und den durchgesickerten Verhandlungsdokumenten für CETA und TiSA ist das Ziel dieser Abkommen, bestehende Liberalisierungen des Dienstleistungsbereichs über diese Abkommen festzuschreiben.

Alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle Bürgerinnen freien Zugang haben müssen, sind von diesen Abkommen betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw.

Lediglich jene Bereiche, die explizit in Form eines Negativlistenansatzes ausgenommen werden, fallen nicht darunter.

Darüber hinaus sollen Konzerne, die in einer der Regionen bzw. Länder, die TTIP, CETA und TiSA verhandeln, eine Niederlassung haben, in Zukunft bei der Ausschreibung von öffentlichen Verträgen mitbieten können.

Freihandelsabkommen — so auch diese — sind für alle Gebietskörperschaften, also vom Bund über die Bundesländer bis zu den Gemeinden gültig; sie sind für alle Gebietskörperschaften verpflichtend. Bundesländer und Gemeinden sind also direkt betroffen. TTIP, CETA und TiSA stellen das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem sie namentlich die Möglichkeit der lokalen Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen einschränken im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Im Rahmen von TTIP und CETA sollen Konzernen auch Klagerechte gegenüber Staaten zugesprochen werden — der sogenannte Investitionsschutz. Solche Klagen sollen von privaten Schiedsgerichten entschieden werden, die der Öffentlichkeit - wenn überhaupt - nur beschränkt zugänglich sind und für die es keine Berufungsmöglichkeiten gibt. Damit können diese Konzerne in Zukunft Staaten (und indirekt Gemeinden) auf entgangenen Gewinn oder zu hohe Umweltauflagen klagen. Dies kann auch Gemeinden treffen. So hat Vattenfall 2009 Deutschland wegen zu hoher Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg geklagt.

Erstmalig wird im TTIP-Abkommen ein regulatorischer Rat verhandeln, der dieses Abkommen zu einem „lebenden Abkommen“ machen soll. Dieser Rat soll von Vertretern der Europäischen Kommission und der US-Regierung besetzt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen sollen bestehende und zukünftige Gesetze, Vorschriften und Standards zum Schutz von Leben und Gesundheit, zum Umwelt- und Konsumentenschutz insbesondere auch für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten darauf überprüft werden, ob sie ein unnötiges Handelshemmnis zwischen den betreffenden Ländern darstellen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Harmonisierung gesetzt werden. Ausgewählte Stakeholder (vor allem Konzerne) sollen in die Arbeit des regulatorischen Rates eingebunden werden.

Egal, welche Handels- und Investitionsabkommen verhandelt werden — ein grundlegendes Problem ist immer die fehlende Offenlegung von Verhandlungsdokumenten. Alle Verhandlungsdokumente sind geheim, weder die Position der Europäischen Kommission noch jene der verhandelnden Länder USA und Kanada sind bekannt. Noch gravierender ist das diesen Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird ein demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies unterminiert die Grundpfeiler der Demokratie und muss deshalb grundsätzlich geändert werden. Verschiedene Gemeinden in Europa haben bereits Maßnahmen gegen TTIP, CETA und TiSA ergriffen und ähnlich lautende Resolutionen unterschrieben.

Abstimmung:

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
25	0

Für die Richtigkeit des Auszuges:

**Die Bürgermeisterin
Dipl.-Ing. Andrea Holzner**



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: <http://www.tarsdorf.at/amtssignatur>

Signatur aufgebracht von Bürgermeisterin Dipl.-Ing. Andrea Holzner, 26.03.2015 14:55:16